



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Dokumente in Gerichtsverfahren

Brüssel, den 31. März 2015
Sj.f(2015)1591492

AN DEN PRÄSIDENTEN UND DIE MITGLIEDER DES GERICHTSHOFS DER EUROPÄISCHEN UNION

SCHRIFTSATZ

gemäß Artikel 23 Absatz 2 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union

in der Rechtssache C-582/14

eingereicht von der Europäische Kommission, vertreten durch

betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen nach Artikel 267 AEUV, eingereicht vom Bundesgerichtshof (Deutschland) in dem Verfahren

Dr. Patrick Breyer

– Kläger –

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium des Inneren

– Beklagte –

über die Auslegung von Artikel 2 lit. a) und Artikel 7 lit. f) der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. 1995, L 281, S. 31, im Folgenden: Richtlinie 95/46).

Inhaltsverzeichnis

1.	RECHTLICHER RAHMEN	3
1.1.	Die Charta der Grundrechte der EU	3
1.2.	Richtlinie 95/46	3
1.3.	Nationales Recht.....	4
2.	SACHVERHALT DES AUSGANGSVERFAHRENS UND VORLAGEFRAGEN	6
3.	RECHTLICHE WÜRDIGUNG	8
3.1.	Zur ersten Frage	8
3.2.	Zur zweiten Frage	9
4.	SCHLUSSFOLGERUNG	12

Die Kommission beehrt sich, in diesem Vorlageverfahren wie folgt Stellung zu nehmen¹:

1. RECHTLICHER RAHMEN

1.1. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union

1. Artikel 7 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden: Charta) ("Achtung des Privat- und Familienlebens") lautet:

Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihrer Kommunikation.

2. Artikel 8 der Charta ("Schutz personenbezogener Daten") lautet:

(1) Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten.

(2) Diese Daten dürfen nur nach Treu und Glauben für festgelegte Zwecke und mit Einwilligung der betroffenen Person oder auf einer sonstigen gesetzlich geregelten legitimen Grundlage verarbeitet werden. Jede Person hat das Recht, Auskunft über die sie betreffenden erhobenen Daten zu erhalten und die Berichtigung der Daten zu erwirken.

(3) Die Einhaltung dieser Vorschriften wird von einer unabhängigen Stelle überwacht.

3. Artikel 52 Abs. 1 der Charta lautet wie folgt:

Jede Einschränkung der Ausübung der in dieser Charta anerkannten Rechte und Freiheiten muss gesetzlich vorgesehen sein und den Wesensgehalt dieser Rechte und Freiheiten achten. Unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit dürfen Einschränkungen nur vorgenommen werden, wenn sie erforderlich sind und den von der Union anerkannten dem Gemeinwohl dienenden Zielsetzungen oder den Erfordernissen des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer tatsächlich entsprechen.

1.2. Richtlinie 95/46

4. Richtlinie 95/46 enthält allgemeine Regeln zur Datenverarbeitung. Sie soll nach ihrem Art. 1 Abs. 1 den Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten und insbesondere den Schutz der Privatsphäre natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten gewährleisten.

5. Artikel 2 der Richtlinie 95/46 ("Begriffsbestimmungen") lautet:

¹ Unterstreichungen in den zitierten Texten von der Kommission hinzugefügt.

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

a) "personenbezogene Daten" alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person ("betroffene Person"); als bestimmbar wird eine Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennnummer oder zu einem oder mehreren spezifischen Elementen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind;

...

6. Erwägungsgrund 26 lautet:

Die Schutzprinzipien müssen für alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare Person gelten. Bei der Entscheidung, ob eine Person bestimmbar ist, sollten alle Mittel berücksichtigt werden, die vernünftigerweise entweder von dem Verantwortlichen für die Verarbeitung oder von einem Dritten eingesetzt werden könnten, um die betreffende Person zu bestimmen. Die Schutzprinzipien finden keine Anwendung auf Daten, die derart anonymisiert sind, daß die betroffene Person nicht mehr identifizierbar ist. Die Verhaltensregeln im Sinne des Artikels 27 können ein nützliches Instrument sein, mit dem angegeben wird, wie sich die Daten in einer Form anonymisieren und aufbewahren lassen, die die Identifizierung der betroffenen Person unmöglich macht.

7. Artikel 5 der Richtlinie 95/46 hat folgenden Wortlaut:

Die Mitgliedstaaten bestimmen nach Maßgabe dieses Kapitels die Voraussetzungen näher, unter denen die Verarbeitung personenbezogener Daten rechtmäßig ist.

8. Der sich in diesem Kapitel befindliche Artikel 7 der Richtlinie Nr. 95/46 ("Grundsätze in Bezug auf die Zulässigkeit von Daten") lautet wie folgt:

Die Mitgliedstaaten sehen vor, daß die Verarbeitung personenbezogener Daten lediglich erfolgen darf, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

... oder

f) die Verarbeitung ist erforderlich zur Verwirklichung des berechtigten Interesses, das von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen oder von dem bzw. den Dritten wahrgenommen wird, denen die Daten übermittelt werden, sofern nicht das Interesse oder die Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die gemäß Artikel 1 Absatz 1 geschützt sind, überwiesen.

1.3. Nationales Recht

9. § 15 Telemediengesetz (TMG) ("Nutzungsdaten") lautet:

(1) Der Diensteanbieter darf personenbezogene Daten eines Nutzers nur erheben und verwenden, soweit dies erforderlich ist, um die Inanspruchnahme von Telemedien zu ermöglichen und abzurechnen (Nutzungsdaten). Nutzungsdaten sind insbesondere

1. Merkmale zur Identifikation des Nutzers,
2. Angaben über Beginn und Ende sowie des Umfangs der jeweiligen Nutzung und

3. Angaben über die vom Nutzer in Anspruch genommenen Telemedien.

(2) Der Diensteanbieter darf Nutzungsdaten eines Nutzers über die Inanspruchnahme verschiedener Telemedien zusammenführen, soweit dies für Abrechnungszwecke mit dem Nutzer erforderlich ist.

(3) Der Diensteanbieter darf für Zwecke der Werbung, der Marktforschung oder zur bedarfsgerechten Gestaltung der Telemedien Nutzungsprofile bei Verwendung von Pseudonymen erstellen, sofern der Nutzer dem nicht widerspricht. Der Diensteanbieter hat den Nutzer auf sein Widerspruchsrecht im Rahmen der Unterrichtung nach § 13 Abs. 1 hinzuweisen. Diese Nutzungsprofile dürfen nicht mit Daten über den Träger des Pseudonyms zusammengeführt werden.

(4) Der Diensteanbieter darf Nutzungsdaten über das Ende des Nutzungsvorgangs hinaus verwenden, soweit sie für Zwecke der Abrechnung mit dem Nutzer erforderlich sind (Abrechnungsdaten). Zur Erfüllung bestehender gesetzlicher, satzungsmäßiger oder vertraglicher Aufbewahrungsfristen darf der Diensteanbieter die Daten sperren.

...

10. § 12 TMG ("Grundsätze") bestimmt:

(1) Der Diensteanbieter darf personenbezogene Daten zur Bereitstellung von Telemedien nur erheben und verwenden, soweit dieses Gesetz oder eine andere Rechtsvorschrift, die sich ausdrücklich auf Telemedien bezieht, es erlaubt oder der Nutzer eingewilligt hat.

(2) Der Diensteanbieter darf für die Bereitstellung von Telemedien erhobene personenbezogene Daten für andere Zwecke nur verwenden, soweit dieses Gesetz oder eine andere Rechtsvorschrift, die sich ausdrücklich auf Telemedien bezieht, es erlaubt oder der Nutzer eingewilligt hat.

(3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, sind die jeweils geltenden Vorschriften für den Schutz personenbezogener Daten anzuwenden, auch wenn die Daten nicht automatisiert verarbeitet werden.

11. § 28 Abs. 1 und 2 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) ("Datenerhebung und -speicherung für eigene Geschäftszwecke") haben den folgenden Wortlaut:

(1) Das Erheben, Speichern, Verändern oder Übermitteln personenbezogener Daten oder ihre Nutzung als Mittel für die Erfüllung eigener Geschäftszwecke ist zulässig

1. wenn es für die Begründung, Durchführung oder Beendigung eines rechtsgeschäftlichen oder rechtsgeschäftsähnlichen Schuldverhältnisses mit dem Betroffenen erforderlich ist,

2. soweit es zur Wahrung berechtigter Interessen der verantwortlichen Stelle erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Verarbeitung oder Nutzung überwiegt, oder

3. wenn die Daten allgemein zugänglich sind oder die verantwortliche Stelle sie veröffentlichen dürfte, es sei denn, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Verarbeitung oder Nutzung gegenüber dem berechtigten Interesse der verantwortlichen Stelle offensichtlich überwiegt.

Bei der Erhebung personenbezogener Daten sind die Zwecke, für die die Daten verarbeitet oder genutzt werden sollen, konkret festzulegen.

(2) Die Übermittlung oder Nutzung für einen anderen Zweck ist zulässig 1. unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 2 oder Nummer 3,

2. soweit es erforderlich ist,

a) zur Wahrung berechtigter Interessen eines Dritten oder

b) zur Abwehr von Gefahren für die staatliche oder öffentliche Sicherheit oder zur Verfolgung von Straftaten

und kein Grund zu der Annahme besteht, dass der Betroffene ein schutzwürdiges Interesse an dem Ausschluss der Übermittlung oder Nutzung hat, oder

...

2. SACHVERHALT DES AUSGANGSVERFAHRENS UND VORLAGEFRAGEN

12. Der Kläger macht gegen die Beklagte einen Unterlassungsanspruch wegen der Speicherung von Internetprotokoll-Adressen (im Folgenden: IP-Adressen) geltend. Zahlreiche Einrichtungen der Beklagten betreiben allgemein zugängliche Internetportale, auf denen sie aktuelle Informationen bereitstellen. Mit dem Ziel, Angriffe abzuwehren und die strafrechtliche Verfolgung von Angreifern zu ermöglichen, werden bei den meisten dieser Portale alle Zugriffe in Protokolldateien festgehalten. Darin werden jeweils der Name der abgerufenen Datei bzw. Seite, in Suchfelder eingegebene Begriffe, der Zeitpunkt des Abrufs, die übertragene Datenmenge, die Meldung, ob der Abruf erfolgreich war, und die IP-Adresse des zugreifenden Rechners über das Ende des jeweiligen Nutzungsvorgangs hinaus gespeichert.

13. Der Kläger rief in der Vergangenheit verschiedene solcher Internetseiten auf. Mit seiner Klage im Ausgangsverfahren begehrt er, die Beklagte zu verurteilen, es zu unterlassen, die IP-Adresse des zugreifenden Host-Systems des Klägers, die im Zusammenhang mit der Nutzung öffentlich zugänglicher Telemedien der Beklagten im Internet übertragen wird, über das Ende des jeweiligen Nutzungsvorgangs hinaus zu speichern oder durch Dritte speichern zu lassen, soweit die Speicherung nicht im Störfall zur Wiederherstellung der Verfügbarkeit des Telemediums erforderlich ist. Die Vorinstanz zum vorlegenden Gericht hat die Beklagte verurteilt, es zu unterlassen, die IP-Adresse des zugreifenden Hostsystems des Klägers, die im Zusammenhang mit der Nutzung öffentlich zugänglicher Telemedien der Beklagten im Internet übertragen wird, in Verbindung mit dem Zeitpunkt des jeweiligen Nutzungsvorgangs über das Ende des jeweiligen Nutzungsvorgangs hinaus zu speichern oder durch Dritte speichern zu lassen, sofern der Kläger während eines Nutzungsvorgangs seine Personalien, auch in Form einer die Personalien ausweisenden E-Mail-Anschrift, angibt und soweit die

Speicherung nicht im Störfall zur Wiederherstellung der Verfügbarkeit des Telemediums erforderlich ist.

14. Gegen dieses Urteil haben beide Parteien Revision eingelegt. Der Kläger begehrt die Verurteilung der Beklagte ohne die vom Berufungsgericht ausgesprochenen Beschränkungen. Mit der Revision verfolgt die Beklagte ihren Antrag auf vollständige Klageabweisung weiter.

15. Das vorlegende Gericht hat festgestellt, dass für die Entscheidung des Rechtsstreits die Auslegung von Artikel 2 lit. a) und Artikel 7 lit. f) der Richtlinie 95/46/EG entscheidend ist.

16. Daher hat das Vorlagegericht das Verfahren ausgesetzt und dem Gerichtshof die nachfolgenden Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt:

1. Ist Art. 2 Buchstabe a der RL 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. EG 1995, L 281/31) – Datenschutz-Richtlinie - dahin auszulegen, dass eine Internetprotokoll-Adresse (IP-Adresse), die ein Diensteanbieter im Zusammenhang mit einem Zugriff auf seine Internetseite speichert, für diesen schon dann ein personenbezogenes Datum darstellt, wenn ein Dritter (hier: Zugangsanbieter) über das zur Identifizierung der betroffenen Person erforderliche Zusatzwissen verfügt?

2. Steht Art. 7 Buchstabe f der Datenschutz-Richtlinie einer Vorschrift des nationalen Rechts entgegen, wonach der Diensteanbieter personenbezogene Daten eines Nutzers ohne dessen Einwilligung nur erheben und verwenden darf, soweit dies erforderlich ist, um die konkrete Inanspruchnahme des Telemediums durch den jeweiligen Nutzer zu ermöglichen und abzurechnen, und wonach der Zweck, die generelle Funktionsfähigkeit des Telemediums zu gewährleisten, die Verwendung nicht über das Ende des jeweiligen Nutzungsvorgangs hinaus rechtfertigen kann?

3. RECHTLICHE WÜRDIGUNG

3.1. Zur ersten Frage

17. Mit der ersten Frage möchte das vorlegende Gericht wissen, ob ein personenbezogenes Datum bereits dann vorliegt, wenn lediglich ein Dritter über das zur Identifizierung der betroffenen Person erforderliche Zusatzwissen verfügt.

18. Art. 2 lit. a der Richtlinie 95/46 definiert "personenbezogene Daten" als "alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person ("betroffene Person"); als bestimmbar wird eine Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennnummer oder zu einem oder mehreren spezifischen Elementen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind". Der Gerichtshof hat in der Rechtssache Scarlett Extended/SABAM bereits entschieden, dass IP-Adressen personenbezogene Daten darstellen. Dort stellte er fest: "Zum einen steht nämlich fest, dass die Anordnung, das streitige Filtersystem einzurichten, eine systematische Prüfung aller Inhalte sowie die Sammlung und Identifizierung der IP-Adressen der Nutzer bedeuten würde, die die Sendung unzulässiger Inhalte in diesem Netz veranlasst haben, wobei es sich bei diesen Adressen um geschützte personenbezogene Daten handelt, da sie die genaue Identifizierung der Nutzer ermöglichen."² Allerdings verfügte in dem dieser Entscheidung zugrunde liegenden Fall der für die Verarbeitung Verantwortliche (ein Zugangsanbieter) selbst über das zur Identifizierung der betroffenen Person erforderliche Zusatzwissen.

19. Entscheidend ist vorliegend mithin, ob das Merkmal der Bestimmbarkeit auch dann zu bejahen ist, wenn ein Dritter über das zur Identifizierung der betroffenen Person erforderliche Zusatzwissen verfügt. Hierfür spricht zunächst die passive Formulierung der Definition in Art. 2 lit. a ("*die direkt oder indirekt identifiziert werden kann*"). Satz 2 des Erwägungsgrundes 26 der Richtlinie 95/46, wonach bei der Entscheidung, ob eine Person bestimmbar ist, alle Mittel berücksichtigt werden sollten, "die vernünftigerweise entweder von dem Verantwortlichen für die Verarbeitung oder von einem Dritten eingesetzt werden könnten, um die betreffende Person zu bestimmen," spricht sogar

² Urteil v. 24. November 2011, C-70/10, EU:C:2011:771, Rn. 51.

explizit von einer Berücksichtigung von seitens Dritter vernünftigerweise einsetzbaren Mitteln. Angesichts der Tatsache, dass die Speicherung der IP-Adressen letztendlich gerade der Identifizierung von Nutzern dient (Ermöglichung der strafrechtlichen Verfolgung von Angreifern), ist hier jedenfalls auch von *vernünftigerweise* einsetzbaren Mitteln auszugehen.

20. Die Berücksichtigung von zur Identifizierung der betroffenen Person erforderliche Zusatzwissen, das in den Händen Dritter liegt, entspricht auch dem Ziel der Richtlinie 95/46, nämlich der Gewährleistung des Schutzes der Grundrechte und Grundfreiheiten und insbesondere des Schutzes der Privatsphäre natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten. Die Auslegung der Richtlinie im Lichte von Artikel 7 und 8 der Charta gebietet ein möglichst weitgehendes Verständnis von personenbezogenen Daten, um so den Schutz der Privatsphäre umfassend zu gewährleisten.

21. Die Kommission schlägt dem Gerichtshof somit vor, wie folgt auf die erste Vorlagefragen zu antworten:

Art. 2 lit. a der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. EG 1995, L 281/31) ist dahin auszulegen, dass eine Internetprotokoll-Adresse (IP-Adresse), die ein Diensteanbieter im Zusammenhang mit einem Zugriff auf seine Internetseite speichert, für diesen schon dann ein personenbezogenes Datum darstellt, wenn ein Dritter (hier: Zugangsanbieter) über das zur Identifizierung der betroffenen Person erforderliche Zusatzwissen verfügt.

3.2. Zur zweiten Frage

22. Mit seiner zweiten Frage möchte das vorlegende Gericht wissen, ob Art. 7 lit. f Richtlinie 95/46 einer Vorschrift des nationalen Rechts entgegensteht, wonach der Diensteanbieter personenbezogene Daten eines Nutzers ohne dessen Einwilligung nur erheben und verwenden darf, soweit dies erforderlich ist, um die konkrete Inanspruchnahme des Telemediums durch den jeweiligen Nutzer zu ermöglichen und abzurechnen, und wonach der Zweck, die generelle Funktionsfähigkeit des

Telemediums zu gewährleisten, die Verwendung nicht über das Ende des jeweiligen Nutzungsvorgangs hinaus rechtfertigen kann.

23. Vorab ist festzustellen, dass der Rückgriff auf die allgemeine Norm zur Umsetzung von Art. 7 lit. f der Richtlinie 95/46 im deutschen Recht (siehe § 28 BDSG) bereits wegen § 12 Abs. 1 TMG ausgeschlossen ist. Für die im Ausgangsverfahren streitgegenständliche Datenspeicherung kommt somit als einzige Rechtsgrundlage § 15 Abs. 1 TMG in Betracht.

24. Diese Vorschrift erlaubt die Speicherung von IP-Adressen, "soweit dies erforderlich ist, um die Inanspruchnahme von Telemedien zu ermöglichen". Die Auslegung dieses Speicherungszwecks ist nach Angaben des Vorlagegerichts umstritten. In der Literatur würde überwiegend die Auffassung vertreten, dass die Speicherung nur erlaubt sei, um das konkrete Nutzungsverhältnis zu ermöglichen. Teilweise würde jedoch auch ein weites Verständnis der Formulierung "um die Inanspruchnahme von Telemedien zu ermöglichen" befürwortet, wonach auch die Speicherung zum Zwecke der generellen Gewährleistung und Aufrechterhaltung der Sicherheit und Funktionsfähigkeit von Telemedien erlaubt sei. Nach Ansicht des vorlegenden Gerichts wäre auch dieses weite Verständnis der "Inanspruchnahme von Telemedien" noch vom Wortlaut der Vorschrift gedeckt. Das Vorlagegericht stellt nun die Frage, ob nicht eine richtlinienkonforme Auslegung - im Einklang mit Artikel 7 lit. f der Richtlinie 95/46 - von § 15 Abs. 1 TMG gerade ein weites Verständnis der Norm gebietet.

25. Artikel 7 lit. f der Richtlinie 95/46 ist im Lichte der Artikel 7, 8 und 52 Abs. 1 der Charta auszulegen.³

26. Ein Eingriff in die in Artikel 7 und 8 der Charta garantierten Rechte muss gemäß Artikel 52 Abs. 1 S. 1 der Charta gesetzlich vorgesehen werden. Artikel 8 Abs. 2 Charta legt darüber hinaus fest, dass Daten nur für "festgelegte Zwecke" verarbeitet werden dürfen; insofern gelten hier datenschutzspezifisch erhöhte Anforderungen. Das in diese Rechte eingreifende Gesetz muss somit, jedenfalls für (wie vorliegend) Eingriffe seitens einer Behörde, stets klare und präzise Regeln für die Tragweite und die Anwendung der

³ S. Urteil v. 24. November 2011, C-468/10 und C-469/10 (ASNEF), EU:C:2011:777, Rn. 43.

fraglichen Maßnahme vorsehen.⁴ Die Zwecke einer Datenverarbeitung müssen somit in einer Weise festgelegt sein, dass sie für den betroffenen Einzelnen vorhersehbar sind. Diese Vorgaben müssen die Mitgliedstaaten somit beachten, wenn sie von dem ihnen nach Art. 5 der Richtlinie 95/46 eingeräumten Ermessen Gebrauch machen, die Grundsätze des Artikel 7 dieser Richtlinie näher zu bestimmen⁵.

27. Dieser Anforderung genügt eine nationale Regelung nicht, aus der sich die Zulässigkeit des von der datenverarbeitenden Behörde verfolgten Zwecks der Datenverarbeitung nicht eindeutig ergibt, was wiederum erforderlich wäre, um die Verhältnismäßigkeit der Datenspeicherung zu beurteilen. Insofern kann eine mit Art. 7 lit. f der Richtlinie 95/46 konforme Auslegung einer nationalen Norm wie § 15 Abs. 1 TMG jedenfalls nicht zu dem vom vorlegenden Gericht angedachten weiten Verständnis der Norm - und damit zur Zulässigkeit einer verlängerten Speicherfrist personenbezogener Daten - führen. Eine Rechtsgrundlage, die den von der Behörde verfolgten Zweck der Datenspeicherung hinreichend klar und präzise festlegt, besteht damit in einer Situation wie im Ausgangsverfahren nicht.

28. Damit stellt sich die Frage, ob sich eine Behörde zur Rechtfertigung der Speicherung personenbezogener Daten unmittelbar auf Art. 7 lit. f der Richtlinie 95/46 berufen kann.

29. Der Gerichtshof hat anerkannt, dass Artikel 7 lit. f der Richtlinie 95/46 unmittelbare Wirkung hat und sich Einzelne mithin vor den nationalen Gerichten gegenüber dem Staat auf diese Bestimmungen berufen kann, wenn der Staat die Richtlinie nicht fristgemäß oder unzulänglich in nationales Recht umgesetzt hat.⁶

30. Die Frage, ob Deutschland gegebenenfalls Artikel 7 lit. f der Richtlinie 95/46 unzulänglich umgesetzt hat, indem es nicht eindeutig die Möglichkeit für Diensteanbieter vorgesehen hat, die Gewährleistung und Aufrechterhaltung der Sicherheit und Funktionsfähigkeit von Telemedien als legitimes Interesse im Rahmen

⁴ Vgl. Urteil v. 8. April 2014, C-293/12 und C-592/12 (Digital Rights Ireland), EU:C:2014:238, Rn. 54.

⁵ S. Urteil v. 24. November 2011, C-468/10 und C-469/10 (ASNEF), EU:C:2011:777, Rn. 35 und 43.

⁶ S. Urteil v. 24. November 2011, C-468/10 und C-469/10 (ASNEF), EU:C:2011:777, Rn. 51 ff.

einer Abwägung mit den Rechten der betroffenen Person geltend zu machen, kann offen bleiben. Denn jedenfalls kann sich eine Behörde nicht gegenüber einem Einzelnen auf die unmittelbare Wirkung einer Richtlinie berufen.⁷

31. Damit schlägt die Kommission dem Gerichtshof vor, wie folgt auf die zweite Vorlagefrage zu antworten:

Artikel 7 lit. f der Richtlinie 95/46 steht einer Auslegung einer nationalen Vorschrift entgegen, wonach ein als Diensteanbieter tätiger Hoheitsträger personenbezogene Daten eines Nutzers ohne dessen Einwilligung auch mit dem Zweck erheben und verwenden darf, die generelle Funktionsfähigkeit des Telemediums zu gewährleisten, wenn die nationale Vorschrift diesen Zweck nicht hinreichend klar und präzise festlegt.

4. SCHLUSSFOLGERUNG

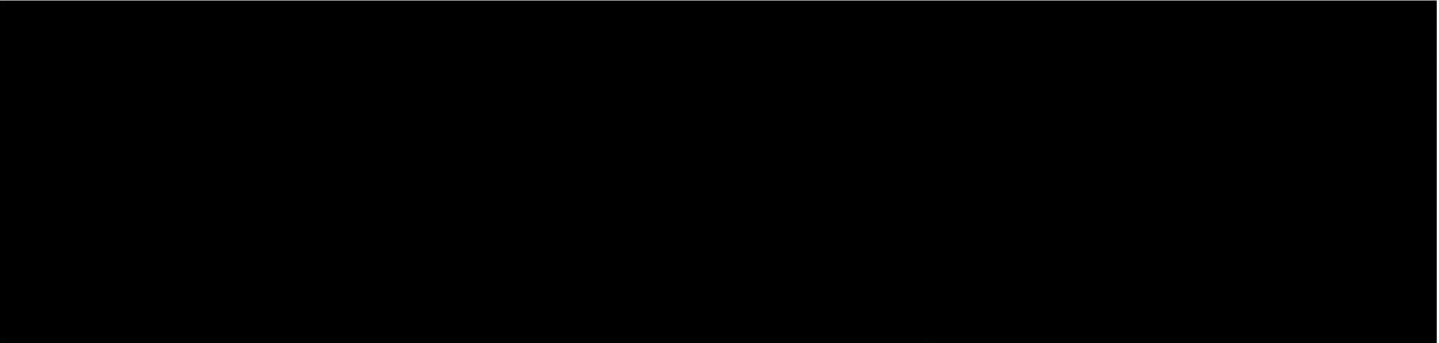
32. Nach alldem schlägt die Kommission dem Gerichtshof vor, wie folgt auf die Vorlagefragen zu antworten:

1. Art. 2 lit. a der RL 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. EG 1995, L 281/31) – Datenschutz-Richtlinie - dahin auszulegen, dass eine Internetprotokoll-Adresse (IP-Adresse), die ein Diensteanbieter im Zusammenhang mit einem Zugriff auf seine Internetseite speichert, für diesen schon dann ein personenbezogenes Datum darstellt, wenn ein Dritter (hier: Zugangsanbieter) über das zur Identifizierung der betroffenen Person erforderliche Zusatzwissen verfügt.

2. Artikel 7 lit. f der Richtlinie 95/46 steht einer Auslegung einer nationalen Vorschrift entgegen, wonach ein als Diensteanbieter tätiger Hoheitsträger personenbezogene Daten eines Nutzers ohne dessen Einwilligung auch mit dem Zweck erheben und verwenden darf, die generelle Funktionsfähigkeit des

⁷ S. Urteil v. 8. Oktober 1987, C-80/86 (Kolpinghuis Nijmegen), EU:C:1987:431, Rn. 10.

Telemediums zu gewährleisten, wenn die nationale Vorschrift diesen Zweck nicht hinreichend klar und präzise festlegt.



Bevollmächtigte der Kommission